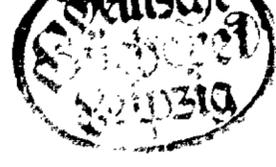


Z D 587



# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 1. Charlottenburg, Freitag, den 2. Januar 1920. Jahrg. 47.

## Dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 15. bis 17. Dezember 1919.

Die dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die vorgesehenen 3 Sitzungstage nicht ausreichten und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste Tagung zurückgelassen werden mußten.

Der Bericht des Vorstandes lag dem Ausschuss im Druck vor. Derselbe gab Kenntnis von den Vorgängen und Akten anlässlich der Delegation zur internationalen Arbeitskonferenz in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationen im europäischen Gebiet, von den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von Unternehmen, über Einstellung von Arbeiterkontrollleuten bei der Gewerbeaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über Ernährungsfragen. Ferner enthält der Bericht sachliche Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, über gewerkschaftliche Anschlussgesuche an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirks-Unterrichtskurse und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

Die Verhandlungen über den Bericht des Bundesvorstandes wurden in 16 Unterabschnitte eingeteilt. Ueber die Zentralarbeitsgemeinschaft gab Cohen noch ein besonderes instruktives Referat, das vor allem die Frage der Ausführungsregelung eingehend behandelt. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenschifffahrt. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefasst. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeitskonferenz zu Washington legte Grafmann nochmals alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen, und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuss stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses zu Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörigen Angestelltenverbände, die mit anderen Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erstreben anlässlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellter die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfahl, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigte, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Resultat war, daß das Ausscheiden der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund abgelehnt und dem Bundesvorstand empfohlen wurde, nach Bedarf einen besonderen sachlichen Beamten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltungs- und Lohn-

statistik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500 000 Mk. bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

Infolge von Klagen über Terrorismus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedensten Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer den Organisationszwang missbilligenden Erklärung einigte. Ueber den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschusssitzung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuss eingesetzte Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuss beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Ueber die Arbeiten eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissell. Die Reformen sollen sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuss war mit dem dargelegten Programm einverstanden.

Von Seiten eines Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsansprüche gestellt, die der Vorstand mit Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaften selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und auch in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuss stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann berichtete H. Müller über die seitherigen Verhandlungen im Ausschuss der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz, die mehrere Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschuss die Herausgabe einer Betriebsrätezeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darin auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eigenen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Blätter für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefasst, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organs einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

Die Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse können nach einer Verordnung des Arbeitsministers vom 3. September 1919 vom zuständigen Demobilmachungskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalt der fraglichen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilmachung beschränkt, ist sie auch bereits für Tariffchiedsprüche in Anwendung gekommen. Ueber die Zulässigkeit und Nützlichkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wissell für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickte, wurde von Neumann (Holzarbeiter) mit großer Energie der

gegenteilige Standpunkt vertreten. Der Ausschuß fällt einen Entschcheid über diesen Zwiespalt nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Beschleunigung der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfange eines 16seitigen Heftchens herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuß stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des „Correspondenzblattes“ am 1. November d. J. ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Jansson, der als Sozialattaché in den Dienst der schwedischen Gesandtschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuß den seitherigen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, August Quist in Stuttgart. Dem Genossen Jansson widmeten Grafmann und Staudinger warme Abschiedsworte.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. beigetreten und hat den Genossen Rebholz-Frankfurt zu seinem Vertreter bestellt. Der Ausschuß bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 Mk.

Zu den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Frauenkursen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollen, wurde ein Beitrag von 5000 Mk. bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Bewerberinnen zur Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Für den Deutschen Gewerbeschulverband, dessen Tätigkeit in der Förderung des gewerblichen Fachschulwezens besteht, wurde ein Jahresbeitrag von 100 Mk. beschlossen. Der gleiche Betrag wurde dem Hauptauschuß für deutsche Jugendherbergen bewilligt.

Der Bundesvorstand unterbreitete dem Ausschuß die Musterfahrungen für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieselben wurden mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Vom Gewerkschaftskongreß waren dem Ausschuß mehrere Anträge betr. Aufhebung des Belagerungszustandes im Industriegebiet und Übernahme der Kosten der Bezirkssekretariate überwiesen. Der erstere Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirkssekretariate war der Ausschuß der Meinung, daß deren Übernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Bedürftigkeitsfällen eine Unterstützung einzelner Sekretariate möglich wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfend eingreifen.

Eine nochmalige Aussprache fand statt über die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß zu Amsterdam abgegebene Erklärung Cassenbachs hinsichtlich der Schuldfrage am Kriege und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes. Der Ausschuß nahm die beiderseitigen Erklärungen zur Kenntnis und erachtete dieselben durch die Aussprache für erledigt. Dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund stimmte er zu und wählte Legien als Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Gewerkschaften.

Sodann beschloß der Ausschuß die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterschaft Deutschösterreichs. Es sollen Sammlungen für die deutschösterreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen übermittelt werden.

Da in Arbeiterkreisen vielfach die Arbeit wegen Rohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Prämierung des Schadens vorgeschlagen, so daß die Arbeiter  $\frac{2}{3}$  des Ausfalls vom Arbeitgeber und  $\frac{1}{3}$  von der Erwerbslosenfürsorge ersetzt bekommen.

Bei Erledigung weiterer Anschlußanträge wurde dem Anschluß der Internationalen Artistenloge an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugestimmt. Die Loge steht auf gewerkschaftlicher Basis und zählt etwa 4000 Mitglieder. Abgelehnt wurde der Anschluß des Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten. Der Anschluß des Allgemeinen Schweizer Landarbeiterverbandes wurde verweigert, weil dieser sich weigert, mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen. Der Anschluß des Verbandes der Kollereischleute wurde abgelehnt, weil dieser den bestehenden Kartellvertrag mit dem Landarbeiterverband gebrochen hat. Der Anschlußantrag des Bergmeisterverbandes der

Schuhindustrie wurde zurückgestellt, um nähere Ermittlungen zuziehen.

Die Fragen der passiven Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Nothilfe wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Reichsopfer und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

## Für unsere Bibliotheken.

Wenn ich in meinem Artikel in Nr. 51 der „Ameise“ allgemeinen über die Notwendigkeit des Ausbaues der Arbeitsbildungseinrichtungen geschrieben habe, so muß ich doch selbst Bedauern eingestehen, daß es mir nicht möglich war, in erschöpfender Weise das Thema zu behandeln und ich mußte es mit ein paar Anregungen gut sein lassen. Der knappe Raum, der zurzeit Verfügung steht, legt einem die größte Beschränkung auf. So wird, daß in nicht allzulanger Zeit es möglich sein wird, auch die „Ameise“ als das zu benutzen und auszubauen, was sie sein soll, das Organ zur Ausbildung und Belehrung der Mitglieder. Auf diesem Wege in etwas die gestellten Aufgaben zu lösen, muß uns vorschweben, ohne daß die rein gewerkschaftlichen Zwecke des Blattes darunter leiden.

Nur in etwas bin ich in meinen Ausführungen deutlicher geworden und habe versprochen, konkrete Vorschläge zu bringen, das in bezug auf unsere Bibliotheken und bildenden Wortarbeiten. Sehen wir uns einmal den heute vorhandenen Vorrat an, müssen wir dabei wieder einmal an den alten Spruch denken: „Ist nicht alles Gold, was glänzt“. Dieser Satz trifft auch auf Bücher zu und ein noch so sehr mit großem Tam-Tam und großem Geschrei auf den Büchermarkt geworfenes Produkt irgendeines modernen Schriftstellers oder Dichters kann schon in kurzer Zeit wieder sang- und klanglos verschwinden oder vergessen werden. Warum? Es fehlte ihm die innere Wahrheit und die Verbindung zum Publikum, welche es kaufte, tat es nur der Mode wegen und hatte sonst keinen inneren Anteil an dem Werke, oder wenn es ein gutes Buch war, so verstand es nicht, sich in die Gedanken des Dichters hineinzudenken. Manchmal ist es auch nicht genügend geschrieben, um schnell hinuntergeschlungen zu werden, es ist eine der wichtigsten Anforderungen, welche an die Leser der belehrenden und aufklärenden Büchern gestellt werden muß, daß man lieber ein gutes Buch recht langsam und recht oft und mindertwertiges gar nicht lesen soll, ganz abgesehen von der sogenannten Schundliteratur, welche aufs nachdrücklichste zu bekämpfen ist. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen guten und minderwertigen Büchern dürfte wohl zuungunsten der ersteren ausfallen und nur die ungeheure Produktion, welche die Masse der Schriftsteller in der Länge der Zeit hervorbrachte, macht es möglich, daß wir hinreichend Auswahl haben, ohne zu schlechten Büchern greifen zu müssen. Selbstverständlich ist nun, daß ein Bibliothekar — noch besser ist es, wenn in den großen Zahlstellen Bibliothekskommissionen gebildet werden — selbst auch weiß, welches Buch zu empfehlen und welches nicht. Und wenn es auch nicht möglich ist, daß jedes Buch, welches er empfiehlt, auch selbst gelesen hat, so muß er doch genau wissen: Wer ist der Verfasser, und wer hat das Buch empfohlen? Bei bekannten Verfassern wird man sich an frühere Werke halten können, und bei bekannten Dichtern und Schriftstellern wird schon der Name dafür bürgen, daß das neue Buch gut ist, obwohl auch ihnen Fehlgriffe passieren und die einzelnen Werke mehr oder minder gut sein können, ganz abgesehen von dem, daß nicht jedes Werk von der großen Masse der Arbeiterleser verstanden werden kann und auch nicht für sie berechnet ist.

Zum Beispiel wäre es ein Unsinn, wenn die meisten Bibliotheken sich das „Kapital“ von Karl Marx anschaffen würden. Und auch von den Werken des Gen. Kautsky — soviel gute Bücher hat die Arbeiterbewegung zu verdanken — sind doch einige, welche sich nicht für kleine Bibliotheken eignen; ebenso ist es mit den Schriften des Gen. Mehring, so hoch dieselben auch literarisch eingeschätzt werden; es sind auch nicht alle überall verwendbar. Gegenüber dürften die Bücher von August Bebel restlos zu empfehlen sein, ebenso wie die Bücher des Schweizer Arno Dodel, welche letzterer meist naturwissenschaftliche Abhandlungen schrieb. Bei den letzteren Schriften ist zu beachten, daß dieselben durch die fortwährenden Entdeckungen und neuen Feststellungen auf diesem Gebiete sehr schnell veralten können und Neubearbeitungen nötig machen. Da sind, wenn wir auf diesem Gebiete bleiben wollen, noch Schriften von Hädel, Darwin, Bölsche, Sterne, Bommeli und halb naturwissenschaftlichen Reisebeschreibungen von Sven Hedin und Frithjof Nansen. Ein anerkannt gutes Buch ist Roggen-

Der Mensch im Spiegel der Natur". Ferner wäre eine zeitgemäße Neuherausgabe der kleinen Schrift des Gen. Wurm „Naturerkenntnis" eine dankenswerte Aufgabe. Für große Bibliotheken ist ein neuer Bezug des „Kosmos", der Zeitschrift für Naturwissenschaften, zu empfehlen. Und wenn sich die Bibliotheksverwaltung an Katalog des „Kosmos"-Verlages kommen läßt, wird sie eine große Auswahl guter Bücher der Naturwissenschaft haben. Die begehrtesten und am meisten gelesenen Bücher werden aus der Abteilung „Literatur" verlangt werden; da sind es zumeist die Bücher mit erzählendem Inhalt, „Romane und Novellen", welche begehrt werden. Schon weniger Interesse ist für Gedichtbücher und die Dichter vorhanden, worunter man ja die bedeutendsten Dichter der Vergangenheit, besonders am Ende des 18. Jahrhunderts, ungefähr zur Zeit der französischen Revolution versteht. Die beiden größten Dichter Deutschlands, Schiller und Goethe, sollten wenigstens mit ihren wichtigsten Werken in den Bibliotheken vorhanden sein; dann aus jener Zeit noch Lessing und Seume, welche Dauerndes geschaffen haben, zu nennen. Aus der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sind die bedeutendsten Dichter Heinrich Heine, Heinrich von Kleist und Adalbert von Chamisso. Sehr beliebte Erzähler sind Wilhelm Hauff und Heinrich Büchtemann.

Aus der Menge der Dichter der Revolutionszeit ragen hervor Nikolaus Lenau, Freiligrath und Herwegh, welche letztere aber meist durch ihre Freiheitsdichtungen berühmt sind. Einer der besten Erzähler ist Gottfried Keller, dessen hundertster Geburtstag dieses Jahr gefeiert wurde und dessen Werke nächstes Jahr, 30 Jahre nach dem Tode, frei werden und dann auch in billigen Ausgaben zu haben sein werden. Von den Erzählern und Dichtern der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind es vornehmlich Theodor Storm, Friedrich Spielhagen, Paul Heyse, Wilhelm Raabe, Detlev v. Liliencron, aus der Zeit des Jahrhundertendes und der Gegenwart Konrad Tietze, Marie von Ebner-Eschenbach, Bruno Wille, Clara Viebig, Berta von Suttner, „Die Waffen nieder", Karl Wendell (Gedichte), Arno Holz (Gedichte „Buch der Zeit"), Max Eyth. Von Ausländern sind es vornehmlich die englischen Dichter John Galsworthy und Charles Dickens, Walter Scott, W. Thackeray, die Franzosen Guy de Maupassant und Emil Zola, die Russen Leo Tolstoi, Maxim Gorki, Nikolai Gogol, der Ungar Mór Jókai, die Italienerin Ugo Betti (meist Gedichte) und der Amerikaner Edward Bellamy („Im Jahre 2000"). Ausgesprochene Arbeiterdichter sind Ernst Preczang, Robert Schweichel und Franz Diederich. Es ist vielleicht später einmal möglich, manchen der heute nicht Aufgeführten noch nachzutragen, ebenso einzelne der angeführten Autoren ausführlicher zu behandeln und einzelne Werke anzuführen. Nun ist es ja selbstverständlich, daß auch die größte Bibliothek nicht in der Lage sein wird, die angeführten Werke restlos anzuschaffen, und auch von den einzelnen Verfassern werden nicht sämtliche Werke gekauft werden können.

Empfehlenswert wird es dann sein, wenn man hier von den von der deutschen „Dichtergedächtnis-Stiftung Hamburg, Groß-Borstel", herausgegebenen Einzelwerken Gebrauch macht; dieselben sind billiger und bürgen doch für eine gute Auswahl. Ebenfalls eine gute Zusammenstellung guter älterer und neuer Schriften unserer Volksschriften bieten ferner die „Wiesbadener Volksbücher", und besonders die kleinen Zahlstellen, deren Mittel beschränkt sind, sollten davon Gebrauch machen. Daß in einer Arbeiterbibliothek die Schriften, welche das soziale und wirtschaftliche Gebiet betreffen, auch vertreten sein müssen, ist selbstverständlich, doch muß leider hier gesagt werden, daß einzelne Werke entweder wegen des Kostenpunktes für die meisten Zahlstellen nicht in Frage kommen können, oder daß das Werk selbst doch für die große Masse der Arbeiter zu schwer verständlich ist und für einzelne wirklich vorhandene Reflektanten es sich nicht lohnt, solch ein teures Buch anzuschaffen. Ich erwähnte schon Marx („Das Kapital"), und so sind noch manch andere Schriften auf diesem Gebiet, auf welche das zu trifft. Die Unmenge der einzelnen erschienenen Werke hier anzuführen, ist nicht möglich, aber die Parteibuchhandlungen und Parteiverlag werden den Interessenten auf Ersuchen gern ihren Katalog zuwenden. Nun noch eins: Eine wichtige und notwendige Arbeit des Bibliothekars muß die Führung und Anlegung eines Bücherverzeichnisses sein, und da empfiehlt es sich, die Bücher nicht nach der Reihenfolge des Ankaufs und der laufenden Nummer anzuführen, sondern die einzelnen Abteilungen unter besonderen Buchstaben, also A, B usw., und besonders zu numerieren. Die einzelnen Abteilungen würden also folgende Ueberschriften erhalten: Literatur, Naturwissenschaft, Sozialpolitik, Gewerkschaftliches usw. Je größer die Bibliothek ist und je mehr Bücher sie enthält. Es läßt sich über die Verwaltung einer Bibliothek in technischer Beziehung noch viel schreiben, aber vielleicht ist dies ein andermal möglich.

Martin Tobias.

## An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

In Deutsch-Österreich hat der Hunger seinen Einzug gehalten. Der Gewaltfrieden hat dieses Staatswesen seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, der Nahrungsmittelgebiete wie der Kohlenreviere, und das wenige, das man ihm belassen hat, ist nicht entfernt ausreichend, um den Bedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Entente hat auch die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit der Republik Deutschland gehindert, welche allein dem unglücklichen Donaustaate eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sichern könnte. Auf sich selbst angewiesen, geht Deutsch-Österreich einer Zukunft unsäglichem Leiden entgegen. Schon am Beginn des ersten Winters zeigen sich Lebensmitteleinot und Kohlennot in erschreckendem Maße. Schwer leidet insbesondere die Bevölkerung Wiens unter diesem Mangel, da der Zustand der Transportmittel auch dort die Heranbringung selbst des wenigsten, was verblieben ist, noch erschwert.

In dieser Not wenden sich die Gewerkschaften Deutsch-Österreichs an die deutsche Arbeiterschaft um Hilfe. Die Gewerkschaften Österreichs waren von Anfang an ihrer Wirksamkeit treue Bundes- und Kampfgenossen der deutschen Gewerkschaften. Sie haben allezeit deutschen Gewerkschaftsgeist gepflegt und uns stets in Kampf und Not nach Kräften beigegeben. Es war ihr sehnlichster Wunsch, mit den deutschen Gewerkschaften baldigst gemeinsame Organisationen im gemeinsamen Staat zu bilden. Nicht ihre Schuld ist es, daß dieser Wunsch seither unerfüllt bleiben mußte. Aber gewerkschaftliche Solidarität und werktätige Hilfe kennen keine aufgezogenen Grenzen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ihren Brüdern in Deutsch-Österreich zu helfen.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sofort Geldsammlungen für die Gewerkschaften Deutsch-Österreichs einzuleiten. Die Sammlungen sind allerorts durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartelle) zu organisieren. Wo kein Ortsausschuß oder Gewerkschaftskartell besteht, mögen die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften selbst die Sammlungen in die Hand nehmen. Alle Gelder sind zu senden an den Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 15

(Postcheckkonto 7930 bei dem Postcheckamt Berlin).

Ueber die eingegangenen Gelder wird im „Correspondenzblatt" des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes quittiert.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Wir bitten Euch um rege Anteilnahme an diesen Sammlungen, damit unseren Brüdern in Deutsch-Österreich schnelle und reichliche Hilfe gewährt werden kann.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Carl Legien, Vorsitzender.

## Aus unserem Verufe.

**Königszell.** Der Kohlenmangel bei den schlesischen Porzellanfabriken hatte vor kurzem schon zu umfangreichen Kündigungen geführt. Wenn letztere auch wieder zurückgenommen werden konnten, so besteht doch die Gefahr fort, daß infolge der ungenügenden Belieferung mit Kohlen weitgehende Betriebseinschränkungen, event. Entlassungen von Arbeitern doch noch vorgenommen werden. Wenn im allgemeinen die Kohlenkrise zu einem erheblichen Teile als Transportkrise bezeichnet wird, so kann das aber bei den schlesischen Porzellanfabriken nicht gesagt werden. Diese sind in der Lage, die Transportmittel zum Transport der Kohlen von der Grube zur Fabrik selbst zu stellen. Hier handelt es sich lediglich um eine Erhöhung des den Fabriken zugewiesenen Kontingents.

Der Arbeiterausschuß der Porzellanfabrik Königszell hatte seine Direktion ersucht, ihm einen Bericht über die gegenwärtige Lage des Betriebes zu geben. Diesem Ersuchen ist die Direktion nachgekommen; sie sagt, daß die gegenwärtige Lage des Betriebes infolge der mangelhaften Kohlenzuteilung eine recht trübe ist. Mit Aufträgen, auch mit Auslandsaufträgen, ist das Unternehmen reichlich versehen. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Personen beträgt 800. Um dieses Personal unverkürzt weiter arbeiten lassen zu können, benötigte die Fabrik folgende Kohlenlieferungen pro Monat: 650 Tonnen Ofenkohle, 120 Tonnen Kesselskohle, 60 Tonnen Kohle für andere Zwecke (Muffelanlage usw.), in

**Summa 830 Tonnen.** Zugestanden durch den Kohlenkommissar sind der Firma aber nur 415 Tonnen pro Monat, also genau die Hälfte vom erforderlichen Bedarf.

Nach diesem Ausschluß über den Stand des Betriebes wandte sich der Arbeiterausschuß an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes in Waldenburg, damit dieser in Gemeinschaft mit dem Gauleiter Martin Hirsch sich beim niederschlesischen Kohlen Syndikat dahin verwenden möge, daß die Porzellanfabrik Königszelt ausreichender mit Kohlen beliefert werde. Diesem Ersuchen sind die beiden Gewerkschaften nachgekommen und konnten auch einen Erfolg verzeichnen.

Zugleich hatte der Arbeiterausschuß Gelegenheit gesucht und gefunden, einer Sitzung der Betriebsräte der Fuchsgrube — der maßgebenden Kohlenlieferanten der Porzellanfabrik Königszelt — beizuwohnen und dieser ihre Nöte vorzutragen. Die Betriebsräte hatten sich bereit erklärt, bei ihren Belegschaften dahin zu wirken, daß eine besondere Sonntagschicht für Königszelt gearbeitet werden sollte. Die Belegschaftsversammlung der Bergarbeiter von der Fuchsgrube hat denn auch beschlossen, am Sonntag den 28. Dezember, eine Schicht für K. zu arbeiten. Als Gegenleistung verlangten die Bergarbeiter einen 25prozentigen Aufschlag und die Lieferung von billigem (Ausschuß-)Porzellan. Die Porzellanfabrik Königszelt erhält demzufolge von einer am 21. Dezember geleisteten Ueberschicht eine Sonderzuweisung an Kohlen bis zu 150 Tonnen und von der Schicht am 28. Dezember 450 Tonnen. Damit ist die schlimmste Gefahr wieder einmal übergehört gebannt. Die von den Bergarbeitern bewiesene Sozialtätigkeit verdient hohe Anerkennung. Wer die schwere und gefährliche Arbeit des Bergarbeiters kennt, wird es voll zu würdigen wissen, was es, besonders bei den heutigen Ernährungsverhältnissen, zu bedeuten hat, am Sonntag, anstatt die müden Glieder auszuruhen, wiederum zur Arbeit zu gehen, um notleidenden Proletariern damit einen besonderen Dienst zu erweisen.

**Letten** In der „Neuen Porzellanfabrik“ hier sind die Differenzen erneut ausgebrochen. Am 6. Dezember, am Tage der Auszahlung für die vereinbarten Nachzahlungen, erklärte Herr Direktor Wittner, daß die Vereinbarung mit der Arbeiterschaft (über welche wir in Nr. 50 der „Ameise“ berichteten) zwecks Beilegung des Streits für ihn keine Gültigkeit hätte, nachdem dieselbe in verschiedenen Punkten im Gegensatz mit dem Tarif zwischen den Verbänden stehe. Wir können demgegenüber feststellen, daß die Vereinbarungen in keiner Weise gegen den Tarif verstoßen. Herr Wittner hat am 24. November die Bedingungen, unter welchen die Arbeiterschaft am 25. November die Arbeit wieder aufnehmen, unterzeichnet. Glaubt Wittner am Ende vielleicht die Arbeiterschaft am Narrenfuß herumzuführen zu können, so wird die Arbeiterschaft von Letten den „Wortsmann“ eines besseren belehren. Der gesamte Betriebsrat genannter Betriebes hat dem Direktor Wittner erklärt, daß er nur mit Wortsmännern in der Lage ist, zu arbeiten. Nachdem Wittner nicht in der Lage ist, die von ihm eigens unterzeichneten Vereinbarungen zu erfüllen, hat der gesamte Betriebsrat seine Tätigkeit eingestellt. Die hiesige Zahlstellenverwaltung hat genannte Verhältnisse an die Demobilisierungsstelle weitergeleitet.

**Deutscher Wettbewerbs in der norwegischen Porzellanindustrie.** Wie der Direktor der Porzellanfabrik in Porsgrund mitteilt, kann norwegisches Porzellan mit den deutschen Fabrikaten nicht in Wettbewerb treten, da die norwegischen Arbeitslöhne und Kohlenpreise 300 bis 400 Proz. höher sind als die deutschen. Zudem sei es unwahrscheinlich, daß die deutschen Fabriken bei dem großen Kohlenmangel Porzellan zu den jetzigen Preisen noch lange liefern können.

## **Vermischtes.**

### **Zu den Vorkaufsabstimmungen in den Grenzgebieten.**

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands sprach sich in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1919 für den Antrag aus, daß denjenigen Arbeitnehmern, die für die Lage der Abstimmung nach den Abstimmungsgebieten zum Zwecke der Abgabe ihrer Stimme keine Kürzung an ihrem Lohn oder Verdienst in Kauf nehmen. Diese Anregung erstreckt sich nicht allein auf Ostpreußen, sondern auch auf alle anderen Abstimmungsgebiete im Osten und Südosten des Reiches. Die Arbeitsgemeinschaft appelliert an alle Arbeitgeber, im Sinne dieses Beschlusses zu handeln.

### **Entschärfung zum Reichsberücheltgesetz.**

Die vom 4. bis 7. Dezember 1919 in Berlin tagende Konferenz sämtlicher Hauptfunktionäre des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Gesellenorganisation) protestiert mit Entschiedenheit gegen die aus Zeitungsverlegervereinigungen und aus dem „Zeit-

tungsverlag“ (dem offiziellen Organ der Zeitungsverleger) kommenden Bestrebungen und Eingaben, die durch Reichsgesetz ein zuführenden Betriebsräte für die Zeitungsbetriebe in ihren wichtigsten Funktionen unwirksam zu machen oder überhaupt ausschalten.

Die Konferenz ist im Gegensatz zu diesen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Betriebsräte auch für die Zeitungsbetriebe in dem geschlichen Umfang ihre Tätigkeit ausüben können und im Interesse der Betriebsarbeiterschaft auch ausüben müssen.

Die Konferenz erklärt es aber als selbstverständlich, daß die Betriebsräte keine Handlungen unternehmen dürfen, die mit der Pressefreiheit unvereinbar sind oder geeignet sein können, das Redaktionsgeheimnis zu gefährden.

**Ein Reichsarchiv für Tarifverträge.** Nach einem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ hat sich bei dem bedeutenden Umfange, den das Tarifvertragswesen nach der Revolution genommen hat, ein Bedürfnis nach einer Zentralstelle herausgestellt, die sämtliche in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge sammelt, überblickt, ordnet und Interessenten jederzeit die Einsichtnahme und Bewertung ihres Materials gestattet. Der Aufgabe, ein solches Archiv einzurichten, hat sich die Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamtes unterzogen und bereits über 2500 in diesem Jahre abgeschlossene Verträge gesammelt. Da Vollständigkeit nur erreicht werden kann, wenn sich das Archiv auf die Mitwirkung aller am Zustandekommen von Tarifverträgen beteiligten Personen und Verbände stützen kann, richtet das Statistische Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, an diese die dringende Aufforderung, ihm Abschriften oder Abdrücke der Tarifverträge möglichst bald nach dem Abschlusse zu übersenden.

**Wahrheitsliebe des christlichen Keramarbeiterverbandes.** Der Keramarbeiterverband, und vornehmlich dessen Gauleiter Baumgart, verbreitet die Legende in den christlichen Gewerkschaften, daß der Verbandsvorsitzende Girbig des Zentralverbandes der Glasarbeiter habe 6000 Mk. von den Flaschenindustriellen erhalten. Baumgart geht damit krebsen, daß es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen des Zentralverbandes der Glasarbeiter nicht weit her sein könne. Die Legende mit den 6000 Mk. wird in allen Zentrumbüchern bereits weiter verbreitet und nur deshalb ist es notwendig, daß diesem Gerücht entgegengetreten wird.

Der Zentralverband der Glasarbeiter steht mit der Vereinigung der Flaschenindustriellen in tariflichen Abmachungen. Die letzten Verhandlungen scheiterten und wurde die Sache dem Reichsarbeitsamt unterbreitet. Bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht wurden der Arbeiterschaft unter anderem eine Teuerungszulage von 100 Mk. zuerkannt. Der Zentralverband berief nach der Entscheidung des Schiedsgerichts sofort eine Flaschenmacherkonferenz ein, die den Schiedsspruch anerkannte. Leider lehnten die Flaschenindustriellen den Schiedsspruch ab und ein Streit, der sich über ganz Deutschland ausbreiten konnte, erschien unausbleiblich. Dies sah auch die Leiter der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken ein. Die Vertreter dieser Organisation erklärten sich darauf bereit, zu der bewilligten 15 Proz. Lohnerhöhung eine weitere Lohnerhöhung von 5 Proz., also insgesamt 20 Proz. Lohnerhöhung, zu zahlen, wenn die Arbeiter die einmalige Teuerungszulage von 100 Mk. fallen lassen. Ebenso erklärten sie sich bereit, kleine Ungerechtigkeiten des Lohns auszugleichen. Der Hauptvorstand des Zentralverbandes antwortete, daß er keine Vollmacht habe, dem Verlangen der Flaschenindustriellen zuzustimmen, und diese Entscheidung nur in den Händen der Vertrauensleute liege. Da aber erst am letzten Sonntag eine Konferenz der Vertrauensleute von ganz Deutschland stattgefunden habe, könne es der Hauptvorstand nicht verantworten, eine neue Konferenz einzuberufen. Die Leiter der Vereinigung erklärten sich darauf bereit, die Kosten der Flaschenmacherkonferenz zu übernehmen. Die Konferenz hat dann in Minden stattgefunden und betrug die Kosten 6400 Mk., die von der Vereinigung der Flaschenindustriellen an die Hauptkassier des Zentralverbandes eingekassiert wurden. Die Konferenz führte zu der Annahme des von der Vereinigung der Flaschenindustriellen gemachten Vorschlags und wurde damit der Friede in der Flaschenindustrie erhalten.

Wieso nicht der Verbandsvorsitzende Girbig hat 6000 Mk. erhalten, sondern dieser Betrag wurde gezahlt, um die Kosten der Konferenz zu decken.

**Nachrichten für Ein- und Auswanderer.** In Mexiko hält die Verteuerung der Lebensmittel an; sie beträgt jetzt schon weit über 100 Proz. seit der Zeit vor dem Kriege.

Die „Deutsche Auswanderer-Zeitung“ veröffentlicht das amtliche argentinische Heimstättengesetz, wonach Grund und Boden unentgeltlich abgegeben wird. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz noch nicht erlassen sind, daß es also Land umsonst nicht gibt. Die Landpreise sind in den letzten Jahren so hoch gestiegen, daß die Rentabilität fast

frage gestellt ist. Die Einrichtungskosten auf gepachtetem Lande für einen Betrieb von 100 Hektar stellen sich zurzeit allein auf 700 Mk. Landarbeiter haben nur in der Erntezeit gutbezahlte Arbeit, sonst herrscht Ueberangebot an Arbeitskräften. Der Arbeitsnachweis liegt im argen. An städtischen Arbeitskräften ist kein Mangel. Die Einreisebestimmungen sind noch immer sehr erschwert. Die Regierungen von Uruguay, Brasilien und Argentinien haben in Abkommen getroffen, das ein Landungsverbot und Ausreisungsmöglichkeiten für Auswanderer vorsieht.

Patagonien und das Chaco (Südamerika) eignen sich wegen des Mangels an Verkehrsgelegenheit und infolge des teilweise ungesunden Klimas nicht für deutsche Auswanderer.

Auch in Peru sind die Aussichten ungünstig. Die Industrie ist nur wenig entwickelt. Hinzu kommt der Wettbewerb mit den Industrieländern und Asiaten. Wegen der Unsicherheit der Rechts- und politischen Verhältnisse kann auch die ländliche Kleinsiedlung nicht empfohlen werden. Zudem bemühen sich englische Behörden, ihre Kolonialinteressen in Peru unterzubringen.

Etwas bessere Aussichten bietet Venezuela, jedoch ist dringend zu empfehlen, daß landwirtschaftliche Arbeiter nur dann dorthin gehen, wenn sie einwandfreie Kontrakte von der Regierung oder einer Ansiedelungsgesellschaft haben, in denen ihnen freie Ueberfahrt und eine bestimmte Arbeitsstelle zugesichert sind.

Der Australische Bund plant eine ständige „geheime Ueberwachung“ aller Einwanderer aus feindlichen Ländern.

Wie soll man sozialisieren? Im „Grundstein“ schildert Bossi die Bauarbeitergenossenschaften in Italien. Er legt eindringend die Voraussetzung zu jeder Sozialisierung fest, indem er bemerkt:

Das andauernde Rufen nach Maßnahmen der Regierung, um die Sozialisierung der Produktionsmittel in die Wege zu leiten, klingt an, lächerlich zu wirken. Man hat den Eindruck, daß sich dahinter eine recht große Hilflosigkeit verbirgt, eine Ratlosigkeit und zugleich ein Mangel an Zuversicht in die eigene Kraft, weshalb man nach guter alter deutscher Tradition nach oben schaut und von dort alles Heil erwartet.

Zu verwundern ist das schließlich nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich vor dem Kriege wenig Kopfzerbrechen darüber gemacht, wie man sozialisieren könnte; sie hat sich damit bemüht, den Gedanken nur so ganz allgemein zu propagieren. Sie hat sich ängstlich gehütet, auch einmal selbst etwas zu probieren, was Neues zu schaffen, Mittel zu suchen, um den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Und gerade diejenigen, die heute wie besessen nach der Sozialisierung schreien und sich dabei wundern wie aufgeklärt und revolutionär vorkommen, gerade die sind es, die die alte verkehrte Richtung auch fernerhin einschlagen möchten. Hätte man früher in Deutschland den Genossenschaftsgedanken besser gefördert, die finanzielle Macht der Gewerkschaften in dessen Dienst gestellt, dann hätten wir heute ganz andere Ansätze zum Sozialismus, dann hätte vor allen Dingen die große Masse der Arbeiter etwas mehr von jenem sozialistischen Geist in sich, ohne den nun einmal eine Sozialisierung nicht möglich ist.

Bossi setzt weiter auseinander, warum und wie die italienische Regierung die Genossenschaften gefördert habe und meint, in Deutschland müßten vor allen Dingen aus der Genossenschaftsbeschaffung alle jene Bestimmungen ausgemerzt werden, die einer vollen Entwicklung hinderlich seien:

Denn auf dem Genossenschaftsweg kommen wir am schnellsten zur Sozialisierung. Und auch wir müssen jetzt alle Mittel anwenden, die kapitalbildend wirken, um aus dem jetzigen Elend herauszukommen.

Endlich weist Bossi noch auf den hohen idealen Sinn hin, von dem jene italienischen Genossenschaften durchdrungen seien, der jede bloße Profitmacherei ausschließt, die Ueberschüsse in weitgehendem Maße gemeinnützig verwende und eine bewunderungswürdige Hingabe an den Betrieb und ruhige, freiwillige Unterordnung unter die eingeleitete Leitung mit sich bringe. Mit dem gegenwärtig grassierenden Egoismus und der vielfach hervortretenden Unbotmäßigkeit komme man nicht zum Sozialismus.

Deutsches Porzellan für die Balkanländer. In Rumänien und Bulgarien besteht zurzeit eine außerordentliche Nachfrage nach Porzellan. Bulgarien ist in dieser Beziehung gänzlich, Rumänien fast ausschließlich vom Ausland abhängig. Die vorhandenen Bestände sind infolge der Kriegsjahre fast vollständig aufgebraucht. Von Seiten der Ententestaaten ist bisher wenig geschehen, um dem Bedarfs des Balkanmarktes an Porzellan abzuhelfen. Es ist daher anzunehmen, daß sich nach Besserung der Transportverhältnisse Deutschland günstige Absatzmöglichkeiten für Porzellan Geschirr bieten werden. Vor dem Kriege beherrschten in Bulgarien wie auch in Rumänien Deutschland und Oesterreich-Ungarn fast ausschließ-

lich den Markt. England, Frankreich, Belgien und Italien waren nur in ganz geringem Maße an der Einfuhr beteiligt. Oesterreich-Ungarn lieferte in erster Linie feine und mittelgute Ware, Deutschland dagegen in der Hauptsache billiges Gebrauchsgeschirr. Die Einfuhrzahlen für 1911, das letzte normale Einfuhrjahr für die Balkanstaaten sind folgende: Bulgarien führte ein insgesamt 256 Tonnen (1909: 388 Tonnen); davon kamen auf Oesterreich 142, auf Deutschland 103 Tonnen; Rumänien führte ein rund 1000 Tonnen, davon entfielen auf Oesterreich-Ungarn 637 Tonnen, auf Deutschland 320 Tonnen.

## Verjammungsberichte.

Brattendorf. Die am 12. d. M. stattgefundenere Zahlstellenversammlung wurde vom Vorsitzenden mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht über unser Revolutionsfest. 2. Wahl der neuen Zahlstellenverwaltung. 3. Verschiedenes.

Den Bericht über das Revolutionsfest erstattete Kassierer Luther. Es war ein Ueberschuß von 91 Mk. zu verzeichnen, welcher dem Lokalfonds überwiesen wurde. Bei der Wahl der Zahlstellenverwaltung konnte man feststellen, daß die Mitglieder mit ihrer alten Verwaltung sehr zufrieden gewesen sind, denn sie wurde einstimmig wiedergewählt. Weil die Mitglieder ihm das Vertrauen schenken, nahmen sie auch alle die Wiederwahl an. Es wurden zum Vorsitzenden gewählt der Stanger August Kauscher, als Schriftführer Dreher Arthur Eichhorn, zum Kassierer Stanger Hermann Luther, als Revisoren: Stanger Edwin Otto und Erdmacker Wilhelm Heß, II; als Beisitzer: die Stanger Albert Otto, Richard Geyer, Gottlieb Vock, Albert Alder und Ofenmayer August Otto. Für die beiden kranken Kollegen Anschütz und Benz, die noch an der Ruhr daniederliegen, welche mehrere Wochen in Schnett wütete, wurden aus dem Lokalfonds je 20 Mk. bewilligt; desgleichen wurden dem durch Brandschaden betroffenen Kollegen Florenz Lippert 50 Mk. bewilligt. Es wurde beantragt, für denselben einen Aufruf in der „Ameise“ zu erlassen. Auskunft über das neue Krankenassen-Statut soll uns der Kontorist Groetenhardt geben. Es liegt eine kleine Bibliothek aus; die Leser sollen sich beim Vorsitzenden Kauscher die Bücher auswechseln. Die beiden Massemacher stellen den Antrag, daß ihnen noch ein Mann gestellt wird. Von den Vorarbeitern wird Beschwerde geführt, daß die Pünktlichkeit in der Arbeitszeit nicht eingehalten wird. Der Vorsitzende warnt streng hier vor; denn wo Rechte sind, da sind auch Pflichten, und Summelanten kann der Verband nicht in Schutz nehmen. Es ist jeder für die daraus entstehenden Folgen selbst verantwortlich. Wie bei jeder Versammlung, so entspann sich auch diesmal wieder über das Thema „Facharbeiter“ eine rege Aussprache. Es wird hauptsächlich von den Brennern und Schmelzern scharf kritisiert, daß sie nicht als Facharbeiter anerkannt sind. Die Kollegen haben auch allen Grund hierzu. Wie soll ein Familienvater bei den jetzigen Verhältnissen mit einem Stundenlohn von 1,30 und 1,40 Mk. auskommen, zumal noch wegen Kohlenknappheit nur 34 Stunden pro Woche gearbeitet wird? Wenn Stanger und Maler Facharbeiter sind, warum sollen es denn Brenner und Schmelzer nicht sein? Bei der letzten Zahlstellenversammlung wurden sie vertrieben: es würde erst nach der Generalversammlung der Punkt nochmals in Marktrechtlich besprochen und würde dann den Zahlstellen zugestellt werden. Auf Anfragen des Vorsitzenden beim Gauleiter Hoffmann erhielten wir den Bescheid, daß die Facharbeiterfrage überall eine brennende sei; sie ließe sich aber nicht übers Knie brechen. Es wäre erwünscht, wenn unser Gauleiter Hoffmann — so schwer er mit Arbeit überlastet ist — persönlich den Mitgliedern einmal den Punkt auseinandersetzt. Es sieht aus, als ob der § 3 des Berl. Vertrages überhaupt nicht da wäre. Der Paragraph ist aufgesetzt, und jetzt weiß man noch nicht einmal so viel, wer als Facharbeiter anzusehen ist. Er hat eben so viel Hintertürchen, daß, wenn er von den Unternehmern auseinandergelegt wird, nichts mehr übrig bleibt, als ein Stückchen reines Papier. Der Tarif ist gekündigt und bereits abgelaufen. (Läuft erst am 31. Dezember ab. Die Ned.) Die Kollegen sehen sich, da sie nicht als Facharbeiter anzusehen sind, bei dem neuen Tarif genau so hintangelegt, als bei dem jetzigen. Die Kollegen sind vom 1. Juni ab laut Tarif mit ihrem Stundenlohn sehr im Nachteil. Wir hoffen und wünschen, daß der neue Vertrag diese Uebel beseitigt und die Kollegen, soweit sie als Facharbeiter gelten, ihre Nachzahlung erhalten. Das Porzellan beginnt doch bekanntlich in der Massemühle und endet, wenn es zum Lager hinausgeht. Warum dann keine Facharbeiter? Es kann doch der Stanger keinen Ofen brennen, und der Maler kann nicht stanzen, es muß eben jeder in seinem Fach eingearbeitet sein; er muß es gelernt haben. Und wenn nur solche Arbeiter als Facharbeiter anzusehen sind, die eine vertragliche Lehrzeit in ihrem Fach durchgemacht haben, so werden wir in der Porzellanbranche wohl sehr wenig Facharbeiter haben. Wo ein Lehrvertrag abgeschlossen werden soll, muß wohl auch ein geprüfter Meister vorhanden sein. Zum Schluß forderte der Vorsitzende, Reinlichkeit in den Arbeitsräumen zu halten und treu zu ihrer Zahlstelle zu halten, dann wird auch das erreicht werden, was wir wollen.

Frankfurt a. d. O. Wie ja fast überall in unserer Industrie, so waren auch hier beide Organisationen, Porzellan- und Fabrikarbeiterverband, im Betriebe vertreten. Der Nürnberger Gewerkschaftskongress hat ja nun dahingehend entschieden, daß alle in unserer Industrie Beschäftigten zu uns gehören. Unser Ziel war auch hier, alles in unserem Verband zu vereinen. Zu diesem Zweck fand am 3. Dezember eine Betriebsversammlung statt, in welcher Kollege Apel-Berlin referierte. Selbige war von zirka 150 Personen besucht. Auf der Tagesordnung stand: Uebertritt der Fabrikarbeiter zum Porzellanarbeiterverband. Die Versammlung wurde vom Kollegen Thun eröffnet, und erhielt das Wort der Referent, Kollege Apel. Dieser verstand es, in nahezu 2stündigem Vortrage die Zuhörer zu fesseln. Apel schilderte die Arbeiterbewegung und den Gedanken, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen einer bestimmten Fachgruppe zusammenschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dieses führe

bis ins Mittelalter zurück; schon im Jahre 1780 könne man sogenannte Gesellenverbände nachweisen. Sodann schilderte Referent die Erfindung des Porzellans im Jahre 1710, die Entwicklung der Porzellanindustrie und damit die Entwicklung unseres Verbandes. Nach langen Bemühungen, an denen unser jetziger Vorsitzender, der Genosse Hofmann, regen Anteil genommen habe, sei es endlich gelungen, im Jahre 1892 alles, was im Porzellan- und Steingutgewerbe arbeite, zu einer Organisation zusammenzufassen. Heute könne sich der Porzellanarbeiterverband als eine moderne Organisation mit über 40 000 Mitgliedern bezeichnen. Apel schilderte an reichem Material unser Tarifabkommen und erläuterte die neuen Forderungen, die augenblicklich den Unternehmern unterbreitet würden. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und hatten auch vollen Erfolg. Wir können erfreulicherweise mitteilen, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes geschlossen zu uns übergetreten sind. Nun ist das erreicht, was wir schon lange wünschten. An den übergetretenen Kollegen liegt es nun, mitzuarbeiten an unserer nun bedeutend größeren Zahlstelle zum Segen unserer Organisation und zum Vorteil für uns alle.

**Senningsdorf.** Am 15. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die, wie allerorts, den bekannten Versammlungsschwund aufwies. Auf der Tagesordnung stand: 1. Neuwahl der Verwaltung, 2. Stellungnahme zur Betriebsratswahl, 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende eine kurze Übersicht über die Tätigkeit der Verwaltung im verfloßenen Jahr, wobei vor allem auch der verfrachtete Metallarbeiterstreik Erwähnung fand, der unserem Verband wohl ein schönes Stückchen Geld kostete, aber sonst keinerlei Vorteile für die hiesige Kollegenschaft gezeitigt hat. Die Neuwahl ergab folgendes Ergebnis: Paul Wojak, Vorsitzender, Ernst Kurps, Kassierer, Hugo Schwach, Schriftführer, Ernst Haase, Oswald Wenzel und Otto Grons, Beisitzer, Grabant und Jutischek, Revisoren. Die Wahl zeigt auch hier, daß nur die politische Gesinnung maßgebend zur Befähigung für ein Verwaltungsammt ist. Es wird sich zeigen, ob ein Wechsel der gesamten Verwaltung für eine so junge Zahlstelle von besonderem Vorteil ist. Die Aussprache des Punktes 2 zeigte, daß die Verwaltung im Prinzip damit einverstanden war, daß Verwaltung und Betriebsrat unbedingt eine Korporation sein muß, vor allem aber, daß nur im Porzellanarbeiterverband organisierte Kollegen im Betriebsrat der Porzellanfabrik vertreten sein sollen. (Leider zeigte der folgende Tag das gerade Gegenteil.) Unter Verschiedenem bekam der Kassierer Vollmacht für jeden Aufruf in der „Almeise“ 20 Mk. aus dem 12-Proz.-Fonds zu verwenden. Des Weiteren bekam der Betriebsrat den Auftrag, der nächsten Versammlung Bericht über die Verwendung der Gelder aus der verfrachten sogenannten Groschenkasse zu geben. Auch die Sache Rettichschuß kontra Verwaltung kam zur Sprache, und behielt sich letztere weitere Schritte vor.

**Hochstadt a. Main.** Montag, den 8. Dezember, fand im Gasthof „Weißes Lamm“ zu Marktzeuln die diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe wurde um 2 Uhr durch den Vorsitzenden eröffnet und erfreute sich eines sehr guten Besuches. Tagesordnung: Punkt 1: Geschäftliches. Punkt 2: Neuwahl der Verwaltung. Punkt 3: Kassenrevision und Revisionsbericht durch die beiden Revisoren Wittmann und Fleischmann. Punkt 4: Wünsche und Anträge.

Zu Punkt 1 wurde eine rege Diskussion geführt, betreffend Ein- und Ausstellung der Arbeiter. Weiter wurde noch die Lohnfrage erörtert. Punkt 2: In die Verwaltung wurden gewählt: Vorsitzender Lutz, Beisitzer Bethner, Kassierer Müller, Schriftführer Reuß, Revisoren Wittmann und Fleischmann. Punkt 3: Bei der Kassenrevision wurden Unregelmäßigkeiten nicht vorgefunden. Punkt 4: Kollegen und Kolleginnen wurden ermahnt, stets fest zur Organisation zu halten und die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen, da dieses allein uns nur zum Ziele führen kann. Um 5 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen mit den Worten: Steht fest zusammen.

**Koburg.** Die am 14. Dezember in Döslau bei Großsch stattgefundene Generalversammlung war von zirka 100 Mitgliedern besucht, kaum dem 6. Teil aller Mitglieder. Es wäre bald an der Zeit, daß die Klarheit der Kollegen einmal nachließe. Eröffnet wurde sie 3 Uhr vom Vorsitzenden Kollegen Roier.

Tagesordnung: 1. Neuwahlen. 2. Kassenbericht. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

Als Vorsitzender wurde Kollege B. Bechtold mit 82 Stimmen, als Schriftführer Kollege H. Morgenroth mit 87 Stimmen, als Kassierer Kollege Aug. Brand mit 53 Stimmen, als Beisitzer die Kollegen Nikol. Reuß, Christian Wohlleben und Julius Kessel einstimmig und als Revisoren Hugo Korn, Knauer und Fritz Selter einstimmig gewählt. Alle nahmen dankend an.

Zu Punkt 2 gab Kollege Brand den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 4739,55 Mk., die Ausgabe betrug 4021,89 Mk., Bestand 717,66 Mk., im 12-Proz.-Fonds Einnahme 859,46 Mk., Ausgabe 91,53 Mk., Bestand 767,93 Mk. Den Kartellbericht erstattete Kollege B. Raar. Hierbei zeigte sich, daß wir mit unserem Tarif hauptsächlich bei den Tagelöhnern und weiblichen Arbeitern gegenüber anderen Verbänden noch sehr im Rückstand sind. Im Verschiedenen kamen verschiedene Betriebsangelegenheiten zur Sprache und wurde dem Arbeiterausschuß bei „Rechnagel“ ein Vertrauensvotum seitens der Kollegen ausgesprochen. Hierfür ein Wort an den Hauptvorstand betreffs der niedrigen Löhne der Zeitlohnarbeiter beiderlei Geschlechts abgefaßt. Hieran schloß die Versammlung 5 Uhr.

**Lichte.** Am Samstag, den 7. Dezember, war es nun am 7. Dezember einmal möglich gewesen, eine gute alte Versammlung der Zahlstelle Neuhaus a. H. in Lichte abzuhalten. Das das Bedürfnis vorlag, bewies der zahlreiche Besuch aus Seiersthal, Lichte und Neuhaus. Nur die Verwaltung von Neuhaus glänzte durch Abwesenheit, was auch abschließend kritisiert wurde. Der Paul Müller gab in einleitenden Worten einen Überblick über das vergangene Verwaltungsjahr, welches reich an Arbeit und Mühe gewesen ist auf unserem steinigem Thüringer Boden. Aber es geht vorwärts. - Von einer am Vormittag in Gräfenenthal stattgefundenen Konferenz, welche sich mit der Anstellung eines Lokalbeamten beschäftigte, erstattete Kollege Bod. Lichte, Bericht. An dieses reihte sich nun eine rege Aussprache an. Von allen Kollegen wird die Anstellung eines Lokalbeamten gewünscht. Hieran schloß folgende Resolution vom Kollegen Schmidt zur einstimmigen Annahme: Die heute, den 7. Dezember 1919, in Lichte gut besuchte

Versammlung der Zahlstelle Neuhaus spricht sich für die schleunige Anstellung eines Lokalbeamten für die 1200 Mitglieder umfassenden Zahlstellen Gräfenenthal und Neuhaus mit dem Sitz in Wallen oder Lichte ganz energisch aus. Die Versammlung erwartet den Hauptvorstand, daß den berechtigten Wünschen baldigst entsprochen wird, zumal hier in der Umgebung die Porzellanindustrie zu Grunde ist und nicht genügend Kräfte vorhanden sind, ständig die Bewegung zu überwachen. Ferner wird beschlossen, jeden zweiten Sonntag, Monat in Lichte Versammlungen abzuhalten. Da die Zahlstellenverwaltung nicht anwesend war, wird die Verwaltungswahl von Tagesordnung abgesetzt, um dieselbe am 28. Dezember vorzunehmen.

In der darauffolgenden allgemeinen Aussprache kam so mancher Klage gegen das Unternehmertum sowie gegen die indifferenten organisierten Kollegen zur Sprache. Die Versammlung ist einmütig der Ansicht, daß es so nicht weitergehen kann, hauptsächlich gegen unorganisierte Kollegen. Der Hauptvorstand soll dementsprechend aufgefordert werden, bei zukünftigen Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden den Trennungsstrich zwischen organisierten und nichtorganisierten scharfer zu ziehen, damit nicht dieselben die ihren Kollegen mit großer Ausdauer erkämpften Vorteile und die die mit einstreichen. Die organisierten Kollegen geloben sich, mit schärferen Mitteln gegen Unorganisierte vorzugehen. Diese Versammlung hat bewiesen, daß die Notwendigkeit einer streifen Organisation allseitig anerkannt wird, und es ist zu hoffen, daß in Zukunft alle Versammlungen so gut besucht werden.

**Kauenstein.** Bestenfalls wurde die Zahlstelle der Kauensteiner Porzellanarbeiter durch den Besuch des Hilfskauleiters, Kollege Erdmann, beehrt. In einer sehr stark besuchten Versammlung referierte er über die Tagung der diesjährigen Generalversammlung unserer noch sehr jungen Zahlstelle wirkte der Vortrag aufklärend. Obwohl unsere Arbeiterschaft mit Mann und Maus der Organisation beigetreten ist, so fehlt es doch bei manchem, den Wert und Ziel der Organisation zu schätzen. Nur ein geschlossenes Zusammenstehen bewahrt uns vor der alten Willkürherrschaft. Die erhöhte Arbeitsleistung ab 1. Januar 1920 darf keinen Anlaß zum Verlassen unserer Organisation geben. Die Versammlung schloß nach einigen kleinen Anfragen. Möge der Kauensteiner Arbeiterschaft bald wieder ein so segensreicher Abend beschert sein.

**Reichmannsdorf.** Die am 10. Dezember stattgefundene Zahlstellenversammlung war ziemlich gut besucht. Es wurde zuerst (eine unbeschriebene), wieder als Vorsitzender gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Albert Müller und Bernhard Unger (Kirk) in den Ausschuss gebracht. Es wurde Kollege Albert Müller mit 79 Stimmen eine unbeschriebene, wieder als Vorsitzender gewählt. Als Kassierer wurde August Müller einstimmig gewählt, als Schriftführer Kollege Böhm mit 52 Stimmen, 25 erhielt Bernhard Unger. Zu Revisoren wurden die Kollegen Ernst Wagner, Edmund Müller und W. Göbe, zu Unterkassierern Albert Kühnlenz und Hermann Müller, Krankenkontrollleur Ernst Unger (Martens), als Bibliothekar Kollege Piesewetter und Albert Schrödt, Kartelldelegierte Albert Müller, Hermann Göbe und Albert Unger, als Beisitzer Paul Kaiser, Dietrich und Rosa Diez gewählt. Punkt 2: Lokalbeamtenfrage. Es wurde beschlossen, daß unsere Zahlstelle mit den in Frage kommenden Zahlstellen sich zusammenschließen. Weiter soll eine Kommission in allen in Frage kommenden Zahlstellen sich zusammenschließen, welche die Vorarbeiten betreffs Lokalbeamten erledigt. Zu Punkt 3 erläuterte Kollege Müller die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Großen Enttäuschung löste es aus, als Kollege Müller auf den Beschluß sprechen kam, wonach bei Einstellungen nur der Arbeitgeber alle das Bestimmungsrecht haben soll; bei Entlassungen kann sich der Betriebsrat wenden. Zwischenrufe wurden hörbar wie: Wir kommen wieder im alten Fahrwasser an, wir müssen dieses Recht mit allen Mitteln erkämpfen usw.

Es wurde dann folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert entschieden dagegen, daß man das Betriebsrätegesetz als Mißgeburt verabschieden will. Unter anderem haben wir jetzt schon in manchen Betrieben mitgesprochen bei Einstellungen und Entlassungen. Aber nach den Beschlüssen in der ersten Lesung des Gesetzes in der Nationalversammlung soll der Arbeitgeber allein das Recht haben, seine Stimme in die Waagschale zu werfen, das kommt hauptsächlich bei Einstellungen in Frage. Dies ist aber für den Arbeitnehmer der wichtigste Punkt. Eine große Härte bedeutet es auch, daß nur Betriebe mit 100 Angestellten oder 500 Arbeitern verpflichtet sind, die Bilanz vorzulegen. Deshalb suchen die Versammelten ihren Abgeordneten Hofmann (M. d. N. A.) bei den kommenden Lesungen dahin zu wirken, daß man den Arbeitern nicht das Wenige noch nimmt, welches sie teilweise schon haben. Ferner protestiert die Versammlung dagegen, daß man die Gewerkschaftsbeiträge nicht als Beiträge zu den gesetzlichen Berufsvereinigungen anerkennt und dieselben deshalb auch nicht von dem steuerbaren Einkommen in Abzug bringen will. Diese Forderung der Gewerkschaften war eine der gerechtesten, denn es ist heute ein Muß, daß man gewerkschaftlich organisiert ist. Ohne die Gewerkschaft könnten die Arbeiter zugrunde gehen, und es gäbe wenige steuerbare Einkommen. Deshalb hat das Reich ein Interesse daran, daß die gewerkschaftlichen Beiträge in Abzug von dem steuerbaren Einkommen gebracht werden. Auch hier fordern wir unsere Arbeitervertreter auf, ganz energisch dafür einzutreten, daß wir zu unserem Recht kommen.“

Magdom der Vorsitzende noch einmal die Kollegen und Kolleginnen auf die im Januar kommenden erhöhten Beiträge aufmerksam macht und ihnen sagt, daß es nur in der Woche eines Stundenlohnbedarf (noch nicht einmal), um den Wochenbeitrag zu bezahlen, man die interessante Versammlung geschlossen.

**Roschütz-Langenberg.** Die am 5. Dezember stattgefundene Zahlstellenversammlung hätte besser besucht sein können. Es gibt immer noch säumige Mitglieder, die es nicht für nötig halten, ihre Versammlungen zu besuchen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Neuwahl, 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell, 3. Anträge und Verschiedenes. Der Schriftführer verlas das Protokoll von der letzten Versammlung, welches für richtig erklärt wurde. Die alten Verwaltungsmitglieder wurden von der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Der Kartelldelegierte gab dann den Bericht vom Gewerkschaftskartell in Gräfen-

1. Technische Nothilfe, 2. Polizeistunde: betreffs Kohlenersparnis, 3. Baugewerkschaft, 4. Gewerkschaftliches. Der Delegierte vom Gewerkschaftskartell in Langenberg berichtete über: 1. Frauenarbeit, 2. Betriebsratswahlen, 3. Gewerkschaftliches. Beide Delegierte verstanden es, den Bericht der Versammlung gut klarzulegen. Besonders zu begrüßen ist die Eingabe vom Gewerkschaftskartell Langenberg an das Arbeitsamt betreffs Frauenarbeit: „Die verheirateten Frauen, deren Männer vollen Erwerb haben und nicht eventuell durch geistige oder körperliche Gebrechen ein geringeres Einkommen erzielen, sollen aus den Fabriken entlassen werden, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, und die Gemeinden mit Arbeitslosenunterstützung nicht überlastet werden.“ In der Diskussion wurde unter anderem auch der Lohnvertrag besprochen. Die Porzellanarbeiter stehen in der Lohnfrage anderen Berufsorganisationen immer hinten an, und sie haben zu tun, daß sie sich diesbezüglich mit fortschleppen. Eine Arbeiterin in einer Pianofabrik im Orte erhält mehr als ein Sacharbeiter in der Porzellanfabrik. (?) Die Textilarbeiter, die doch ihre Rohmaterialien aus dem Auslande beziehen, erhalten 1,90 Mk. Stundenlohn, ab 1. Januar 1920 2,05 Mk. Die Porzellanarbeiter möchten den Feingmachern doch wenigstens gleich stehen. Der Lohnvertrag ist zum erstenmal auf so lange Dauer abgeschlossen worden, und zweitens sind die Bestimmungen der Stundenlöhne in den Ortsklassen zu frag. Auch war die Versammlung sehr unzufrieden darüber, daß von Seiten des Hauptvorstandes über die Paragraphen der Mindestlöhne so gut wie keine Aufklärung in der „Ameise“ gegeben wird. Es wäre zu empfehlen, die Lohnverträge bei den jetzigen Tarifverhandlungen zwischen den einzelnen Berufsorganisationen etwas paralleler abzuschließen. Auch wäre es zu empfehlen, in der „Ameise“ darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter in den Betrieben nicht herumstehen und faulenzeln. Es ist wiederholt vorgekommen, daß dem Arbeiterausschuß darüber Vorwürfe gemacht worden sind; es betrifft hauptsächlich weibliche Mitglieder. Auch war die Versammlung sehr erregt darüber, daß eine Arbeiterin in der Langenberger Fabrik Henkel mit nach Hause genommen hat, um die selben zu Hause zu verpuhen. Der Firma liegt anscheinend gar nichts daran, und wir wollen froh sein, daß wir den 8-Stundentag haben; wollen nicht wieder Verhältnisse einführen, wie sie früher mal mode waren. Der Vorsitzende verlas dann ein Schreiben vom Kollegen Gauleiter Hoffmann, worüber länger debattiert wurde. Auch kam zur Sprache, daß die Waschgelegenheit in einer Abteilung in der Roschüher Fabrik zu wünschen übrig läßt. Der Vorsitzende ersucht die Mitglieder, die Beiträge bis zum 20. d. M. zu begleichen, weil diesmal der Kassenabschluß früher fällig ist. Nach Erledigung von einigen Anfragen, betr. Mindestlohn für Wicklerinnen und Druckerinnen, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

**Soran.** Die am 6. Dezember stattgefundenen Zahlstellenversammlung im „Goldenen Anker“ war verhältnismäßig gut besucht. Die Versammlung wurde vom Kollegen Wukmann um 1/8 Uhr eröffnet, mit folgender Tagesordnung: 1. Stiftungsfest. 2. Verwaltungswahl. 3. Neuwahl des Betriebsausschusses. 4. Verbandsangelegenheiten.

1. Das Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 13. Dezember, statt, und ist eine Einladung an die Tiefenfurter Kollegen und Kolleginnen erfolgt.

2. Es wurden gewählt die Kollegen Wukmann als Vorsitzender; Martin als Kassierer; Füll als Schriftführer; Schmidt und Altman, Revisoren. Nach der Wahl der Unterkassierer wurden Preiskommissionen gebildet. Für Dreherei, Gießerei und Malerei blieben die alten Kommissionen bestehen. Für die Druckerei wurde die Kollegin Rogg der Kommission für Malerei neu hinzugewählt.

3. Der gewählte Betriebsausschuß setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Wukmann, Füll, Bogisch, Böthig, Genoch, Müller und Kollegin Frau Bensch.

4. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde folgender Antrag angenommen: Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, welche in dem Bezirk eintritt und nicht organisiert ist, muß sich innerhalb 8 Tagen zum Verband melden. In anderen Verbänden Organisierte sind verpflichtet, laut Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses überzutreten.

Es wird bekanntgegeben, daß die Zahlstelle 122 Mitglieder zählt. 4 Kollegen sind in anderen Verbänden. Somit ist der ganze Betrieb organisiert.

Kollege Wukmann schilderte in längeren Ausführungen den Aufbau der Zahlstelle, welche vor einem Jahre gegründet wurde, und erwähnte zum Schluß derselben sämtliche Mitglieder, allen kleinteiligen Kram beiseite zu schieben und einig und geschlossen zur Organisation zu stehen.

Der Versuch eines Angestellten, Strafen einzuführen, wurde sofort durch den Ausschuß beseitigt. Es wurde bekanntgegeben, daß der Gang durch den Schmelzraum für Maler und Druckerinnen von der Direktion ohne weiteres genehmigt wurde. Die Tätigkeit des Betriebsausschusses wurde von den Mitgliedern dankend anerkannt. Nach verschiedenen Anfragen und Ausführungen wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

**Tettau.** Versammlung vom 15. Dezember 1919. Tagesordnung: Punkt 1: Bericht über das verlossene Jahr (Vorsitzender). Punkt 2: Neuwahlen. Punkt 3: Bericht des 3. Quartalsabschlusses (Kassierer). Punkt 4: Krankentassenwesen. Punkt 5: Verschmelzung mit der Zahlstelle Langenau. Punkt 6: Verschiedenes.

Die Versammlung wurde 5 1/4 Uhr eröffnet. Ehe zur Tagesordnung geschritten wird, verliest der Vorsitzende die Mitgliederliste. Seltend wurden notiert. Obwohl es zur Genüge bekannt gegeben wurde, zielten es doch nur etwas mehr als die Hälfte der Mitglieder wegz, zu erscheinen.

Punkt 1. Der Vorsitzende gibt den Jahresbericht in ausführlicher Weise und hebt besonders hervor, daß das Jahr 1919 für die Porzellanarbeiter ein reiches Empfindjahr war. Auch unsere Mitgliederzahl hat sich bereits verdoppelt und ist auf die stattliche Zahl von 270 gestiegen. Der Vorsitzende ermahnt, ferner treu zur Bahne zu halten, damit die Mitglieder nicht nur in die Breite,

sondern auch in die Tiefe wachse. Reicher Beifall lohnte am Schluß seines Vortrages den Referenten.

Punkt 2: Neuwahlen. Gewählt wurden: Als Vorsitzender: Stach, Arno, als Schriftführer: Robert Lindig, als Kassierer: Heinrich Wunderlich, als Revisoren: Voller, Ottmar, Schönfelder, Oskar, und Moischmann, Adolf, als Beisitzer: Robert Ellmer, Heinisch, Karl, Widder, Robert, Ida Heinz und Elise Lindig, als Unterkassierer: (neue Fabrik) Voller, Ottmar, und Knabner, Emil, (alte Fabrik) Wunderlich, Fritz, Eujja, Fritz, und Eckardt, Willy. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl mit Dank an.

Punkt 3: Bericht über 3. Quartalsabschluß. Der Kassierer erstattet ausführlich Bericht hierüber. Die Kasse wurde revidiert und für richtig befunden. Hierauf wird dem Kassierer durch Erheben von den Eiben Entlastung erteilt.

Diskussion. Hier wird während des Streiks der neuen Porzellanfabrik den Glasarbeitern für ihre finanzielle Hilfe bestens gedankt. Auch allen übrigen Organisationen sei für ihre Spenden bester Dank. Die Spenden zeugten von Solidaritätsgefühl und werden es die streikenden Kollegen nie vergessen.

Punkt 4: Krankentassenwesen. Der Vorsitzende gibt an Hand von Verordnungsblättern über das neue Gesetz der Mutterschaftsfürsorge Aufklärung und wird dies von der Versammlung für gut befunden.

Punkt 5. Hier entspinnt sich eine rege Debatte. Man einigt sich schließlich dahin, daß der Antrag Eckardt, Willy, einstimmige Annahme fand. Der Antrag lautet: Die Zahlstellenverwaltung Tettau hat zu der in aller Kürze stattfindenden Ausschußsitzung die Verwaltung der Zahlstelle Langenau zur Vorberatung der Verschmelzungsfrage einzuladen.

Punkt 6. Hier wird gewünscht, daß die Bibliothek besser beachtet werden solle. Ausstehende Bücher sollen unverzüglich abgeliefert werden. Der Band über das Betriebsrätegesetz ist sofort zu bestellen. Ferner werden einer Kriegerfrau, deren Mann noch in Gefangenschaft schmachtet, 50 Mk. aus Lokalmitteln überwiesen. Die Verwaltung wird ermächtigt, für jeden Aufruf in der „Ameise“ 15 Mk. zu spenden. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß in Zukunft die Versammlungen jeden ersten Montag im Monat stattfinden und wird dieses in der „Ameise“, sowie auch per Zirkular bekanntgegeben werden. Mit dem Appell, daß die Versammlungen bei weitem noch besser besucht werden müssen, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung um 8 1/2 Uhr abends.

**Vollstedt.** Die am 5. Dezember stattgefundenen Versammlung war annähernd gut besucht. Der Vorsitzende heißt die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Genossen willkommen und hofft, daß dieselben sich wieder geistig und körperlich erholt haben, um an den Bestrebungen zur Hebung unserer Lage wieder tätigen Anteil zu nehmen. Nach einigen weiteren Mitteilungen des Vorsitzenden, betreffend Mitgliederbewegung (wir haben zurzeit 502 Mitglieder), wird der Kassenbericht vom 3. Quartal erstattet. Derselbe schließt mit einem Kassenbestand von 1436,56 Mk. ab. Zur Neuwahl der Zahlstellenverwaltung wünscht der Vorsitzende, da er bereits drei laufende Jahre diese Stelle bekleidet, von seiner Person Abstand zu nehmen. Von mehreren Seiten äußert man aber den Wunsch, daß er es auch ferner tun möge. Die Abstimmung ergibt die einstimmige Wiederwahl; desgleichen wird Genosse Meißel, welcher leider erkrankt ist, einmütig wieder als Kassierer gewählt. Als Schriftführer geht Genosse Oskar Weigel aus der Wahl hervor, worauf die Beisitzer, Revisoren und Kartelldelegierten per Akklamation gewählt werden.

Eine Anfrage, betreffend die von den Arbeitgebern zu liefernden Lohnlisten, beantwortet Genosse Siegel, daß dieselben von den Firmen wieder zurückgezogen wurden; sie sollen aber bei den demnächstigen Verhandlungen wieder angefordert werden.

Gen. Franke fordert ein Eintreten für höhere Mindestlöhne bei den kommenden Verhandlungen, sowie eine Entschuldungssumme. Genosse Mann kritisiert die teuren Materialpreise. Es möge auf freie Lieferung derselben hingewirkt werden. Eine weitere Anfrage bezüglich der zu niedrigen Hilfsarbeiterlöhne wird vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß er bei den kommenden Verhandlungen einen besseren Ausgleich erhoffe.

Gen. Leube tritt für eine jährliche Pauschalvergütung an den Vorsitzenden ein, da dessen Mühewaltung andauernd eine große ist. Dies wird von der Versammlung im Prinzip gern anerkannt; es soll jedoch nach genauer Uebersicht der verfügbaren Mittel erst näher bestimmt werden. Ebenso soll die nach dem neuen Statut der Zahlstellenverwaltung zustehende Unterstützungsbewilligung erst die erforderliche Form erhalten.

Gen. Hercher wünscht Förderung der Lokalbeamtenfrage. Der Vorsitzende gibt hierüber erschöpfende Auskunft; es handelt sich hauptsächlich um die Finanzierung derselben. Vom Gen. Leube wird auf die genaue Befolgung der Mitgliedsbücher-Umschreibung aufmerksam gemacht, um unliebsame Weiterungen zu vermeiden. Eine Anfrage Aniebetisch bezüglich der leichtfertigen Behandlung des Mindestlohnvertrages seitens der Arbeitgeber führt zu der Ansicht, daß da in Zukunft etwas energischer vorgegangen werden müsse. Es wird zum Schluß ein Rundschreiben der Sachgruppe der Angestellten verlesen, das die Verschleppungsmanöver der Arbeitgeber verurteilt.

**Reichwasser.** In der am 1. Dezember abgehaltenen Generalversammlung, die besser besucht sein konnte, standen folgende Punkte zur Erledigung: 1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Kassieren der Beiträge. 4. Verwaltungswahl. 5. Stellungnahme zum Tarif. 6. Aussprache zum Fall des Kollegen Renner. 7. Anträge und Beschwerden (Antrag Krankentasse). 8. Verschiedenes.

Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden um 7 1/4 Uhr eröffnet. Punkt 1 bis 3 fanden Erledigung. Zwei Mitglieder wurden neu aufgenommen. Punkt 4: Die Verwaltungswahl erfolgte durch Stimmzettel, und wurden gewählt resp. wiedergewählt: Als Vorsitzender Alfred Voigt, als Schriftführer Richard Renner, als Kassierer Franz Gieb. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Käblig, Meier und Kollegin Frau Beuner; als Revisoren die Kollegen Edmund Meusel und Karge.

Punkt 5: Stellungnahme zum Tarif. Einige Kollegen und Kolleginnen beschwerten sich über noch zu niedrige Löhne, und wurde

demnach beschlossen, die mit hiesiger Firma am 3. Oktober 1919 geschlossenen Vereinbarungen am 31. Dezember 1919 zu kündigen. Alles weitere wurde unserem Gauleiter, welcher zur heutigen Versammlung antworfend sein wollte, der schlechten Verkehrsverhältnisse aber erst anderen Tags erscheinen kann, überlassen.

**Punkt 6.** Am 29. v. M. ist unserem Schriftführer, Kollegen Renner, von Seiten der Betriebsleitung gekündigt worden. Der Kündigungsgrund soll Arbeitsmangel infolge ungenügender Lieferung von Kohlen sein. Da aber inselbedessen ein einziger Kollege wohl kaum in Frage kommen kann und in unserem Betriebe noch Ueberstunden gearbeitet werden, ist die Kündigung des Kollegen Renner zu Unrecht erfolgt. Da sich nun derselbe, welcher Hilfsbrenner ist, der Betriebsleitung zu jeder anderen Arbeit zur Verfügung gestellt hat, diese aber es ablehnt, den Kollegen Renner weiter zu beschäftigen, ist der Grund nur in Verbandsangelegenheiten zu finden. Da Kollege Renner die Lohnverhältnisse öfter kritisierte und auch sonst auf Verbesserungen hingearbeitet hat, will ihn wohl der junge Chef gern los sein und schützt daher Kohlenmangel vor. Nach eingehender Diskussion sprachen sich sämtliche Kollegen und Kolleginnen für das Bleiben des Kollegen Renner aus. Es wurde beschlossen, daß der Arbeiterausschuß anderen Tags bei der Betriebsleitung vorstellig wird und für das Weiterarbeiten des Kollegen Renner eintritt. Außerdem soll unserem Gauleiter, welcher morgen erscheinen soll, der Fall vorgebracht werden.

**Punkt 7.** Kollege Meier wünscht Auskunft über die Verhältnisse der hiesigen Betriebskrankenkasse. Da in den nächsten Tagen eine Betriebskrankenkassenversammlung stattfinden muß, wurde der Antrag bis dahin zurückgestellt.

**Punkt 8: Verschiedenes.** Kollege Prasse bemängelte das Aussehen der Fabrik-Aborte. Von der Betriebsleitung ist bereits zugesagt worden, dieselben im Frühjahr den Verhältnissen anpassend umzubauen. Kollege Heidenreich wies auf die Arbeiten einzelner Kolleginnen hin, welche durch nicht volle Ausnutzung der Arbeitszeit ihre Lage verschlechtern und dann bei der Lohnzahlung nicht zufrieden sind. Er sprach den Wunsch aus, daß ein jeder nach besten Kräften seine Lage durch fleißiges Arbeiten verbessern sollte. Ferner bemängelte Kollege Heidenreich, daß einzelne immer noch nicht der Organisation das richtige Verständnis entgegenbringen und mit dem Verbandsorgan, der „Ameise“, in schimpflicher Weise umzugehen pflegen. Er riet denjenigen Kolleginnen, sich mit dem Lesen der „Ameise“ besser zu beschäftigen und daraus zu lernen.

Ferner wurde beschlossen, ein internes Tanzkränzchen unter den Mitgliedern zu veranstalten, und das weitere dem gewählten Vergnügungsausschuß zu überlassen.

Schluß der sehr anregend und interessant verlaufenen Versammlung 11½ Uhr.

### Briefkasten.

Versammlungsberichte aus Bonn, Kloster-Beilsdorf, Schmiedeberg, Schramberg und Steinbach mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

### Aufruf.

Unser Kollege Florenz Lipfert befindet sich in einer schlechten Lage. Er hat am 6. Dezember durch Brandunglück seine Wäsche, Kleider und teils auch seine Möbel verloren. Da seine Versicherung noch auf Friedensprämie steht, hat er von dieser nicht viel zu erhoffen. Lipfert ist Vater von neun Kindern und nicht imstande, sich nur die allernotwendigsten Sachen aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Soweit es die Mittel unserer noch jungen Zahlstelle erlauben, wollen wir ihn unterstützen; da dies aber bei weitem nicht ausreicht, möchten wir die Zahlstellen bitten, etwas beizusteuern. Ueber eingegangene Gelder erfolgt Quittung in der „Ameise“. Die Gelder sind zu richten an Kassierer Hermann Luther, Stutzer, Merbelsrod, Kreis Hildburghausen. Zahlstelle Brattendorf (S.-Meiningen).

### Aufruf.

Unser Mitglied Paul Harburger befindet sich in großer Notlage. Seit Oktober 1916 ist er in allen Klassen ausgereistert und lediglich auf die geringe Invalidenrente angewiesen. Sein Sohn, der als einziger Ernährer in Frage käme, befindet sich noch in französischer Kriegsgefangenschaft. Die Unterstützung der Zahlstelle genügt in diesem Falle nicht allein, zumal unsere Zahlstelle erst wieder neu ins Leben gerufen ist. Er war Mitglied der Zahlstelle Weiden vom Jahre 1906 ab.

Geldsendungen sind an unseren Kassierer Vinzenz Schreiner, Strichau b. Amberg (Oberpfalz), Postfach 251½, zu senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“. Die Verwaltung der Zahlstelle Strichau. Der Vorsitzende: Leonh. Groth.

### Berlin-Charlottenburg.

Es wird den Mitgliedern in Charlottenburg zur Kenntnis gebracht, daß die Bibliothek vorläufig noch am Orte bleibt. Die Ausgabe der Bücher erfolgt jeden Sonntag von 5 bis 8 Uhr nachmittags, aber nur in dieser Zeit, bei dem Kollegen Paul Barges, Lehrlingstr. 12, Gartenweg 1. 2. u.

### Stichtafel.

**Sitz 1.** E. H. Burg Wilhelm Tröster, Dreher, geboren am 23. Jan. 1883 in Gera, gestorben am 8. Dezember an der Grippe. Mitglied seit 1892.  
**Sitz 2.** Wenzel Tasler, Stutzer, geboren am 17. Januar 1875 in Kleinaupa (Böhmen), gestorben am 10. Dezember an ? Mitglied seit 1913.  
**Sitz 3.** Hermann Schmidt, Dreher, geboren am 2. April 1862 in Weiskstein, gestorben am 13. Dezember an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1888.

Atre ihrem Andenken!

## Versammlungs-Anzeigen.

**Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**  
**Berlin.** Schilbermaler und -Anmacher. Dienstag, den 6. Januar 1920, nachm. 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21: Romanierte Branchenversammlung.  
**Bonn.** Samstag, den 10. Januar, abends 6 Uhr, in „Phönix-Halle“, Kölnstr. 17.  
**Magdeburg.** Donnerstag, den 8. Januar, abends 7 Uhr, Schiller, Lübeckerstr. 20.  
**Neuhaldensleben.** Zahlstellenversammlung am 10. Januar 1920 abends 8 Uhr, bei E. Colbitz, Bülstringerstr. 8.  
**Oschab.** Freitag, den 9. Januar 1920, abends ½6 Uhr, in der „Herberge zur Heimat“.  
**Tettau.** Montag, den 12. Januar 1920, nachm. 5 Uhr, in der „Schwarzen Abler“.  
**Tiefenfurt.** Sonnabend, den 3. Januar, abends 8 Uhr, in der Brauerei.  
**Weißwasser.** Montag, den 5. Januar 1920, abends 7 Uhr, Sandrechts Gasthof.

### Dank.

Den Kollegen von Althaldensleben sage ich für die mir zugetragene Weihnachtunterstützung in Höhe von 50 Mk. meinen herzlichsten Dank.  
Paul Martin, Formgießer und Former.

## Arbeitsmarkt.

**Junger Dreher,** vor dem Krieg zwei Jahre als Oberdreher tätig, sucht als solcher oder als Dreher in mittlerer oder größerer Porzellanfabrik Stellung. Angebote unter S. 122 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Mehrere unverheiratete Dreher zum Eindrehen von groben Tonwaren (Stein- und Braungeschirr) per 1. Januar, event. später gesucht. Einfache Schlafstelle und Kost werden nachgewiesen. Offerte unter S. 2 an die Redaktion der „Ameise“.

## Geschäfts-Anzeigen.

### Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Ältestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldschmied, Goldplatten, Goldfläschchen und alle in der Bergbau vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung zu den höchsten Preisen. Oskar Rottmann, Stadtilm.

### Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Böhnisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen Emilheimer, Langewiesen b. Elm., Thür.

### Goldasche, Goldschmied

sowie alle goldhaltigen Malrückstände kauft zum jeweiligen Goldkurs sofort Kasse. Flaschen kauft zu 10—15 Pf. das Stück. A. Langhammer, Wilsau, Sachsen.

## Schwämme

bleiben knapp und teuer. Offeriere Bmocca- u. Levantiner Schwämme von 1 Mk. bis 35 Mk. pro Stück für Dreher; Glasur-, Brenner- und Garnierungsschwämme in diversen Größen und Preislagen. Große Hardheadschwämme für Steingutfabriken, das Pilo, 35 Stück enthaltend, 240 Mk. Große prima Elefantenschwämme, das Pilo 500 Mk. Sachkundiger Versand nur auf feste Vertrauensbestellung in ganzen Partien. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich. Probefendungen nicht unter 200 Mk.

H. Micheljohn, Schwammgroßhandl., Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 2. Tel.: Alexander 2478.

### Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Sagr. 1896. Beste Bedien.



Gold-, Platin-, Silberpreis auf Anfrage

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.